

FAU Frankfurt –

Rede Hessischer Landtagswahlkampf 7. Okt. 2023

Bereits vor 5 Jahren protestieren wir in dieser Stadt gegen die neoliberale und rechtsextreme Programmatik der AFD und ihren Wahlkampfabschluss in Hessen.

Damals zog die AFD erstmalig in den hessischen Landtag ein.

13 % der Stimmen konnte sie 2018 für sich verbuchen. Das entsprach dem Bundesdurchschnitt.

All jene, die das Wahlergebnis 2018 noch verharmlosend als Ergebnis einer Protestwähler*innenwelle bewerteten, dürften inzwischen eines besseren belehrt worden sein.

Rechtsruck und AFD-Erfolg waren und sind leider keine Eintagsfliege!

Nationalistische, rassistische und sexistische Werte haben inzwischen in großen Teilen der Gesellschaft wieder einen festen Platz.

Die unter dem bezeichnenden Namen „Mitte-Studie“ veröffentlichten Untersuchungsergebnisse der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen das deutlich.

Während in diesem Jahr wieder 1000ende von Flüchtenden elend im Mittelmeer ertranken, befürworteten 53 % der deutschen Bevölkerung eine Rückbesinnung auf das Nationale und fordern die Schließung der Grenzen.

Mit 16,5 Prozent Bevölkerungsanteil, der sich zur Fremdenfeindlichkeit bekennt, stieg dieser Wert seit 2021 um das 3,5 -fache.

8,3 % der bundesdeutschen Bevölkerung hängen der Studie zur Folge einem geschlossenen rechtsradikalen Weltbild an und weitere 20 % bewegen sich irgendwo in einer Grauzone nahe dem Rechtsradikalismus.

Ganze 6,6 % wünschen sich gar, von einem Diktator regiert zu werden. Trauriger Weise kommt der globale Trend den Freund*innen der Diktatur entgegen, denn die Mehrheit der Staaten weltweit, wird inzwischen autokratisch geführt.

Umso mehr freue ich mich heute über Euer Kommen!

Es tut gut, zu hören und zu sehen, dass es neben all dem Irrsinn auch Menschen gibt, die Kante gegen vermeintliche Krisenlösungen von rechts zeigen.

Das Heil der Welt liegt weder im Leugnen der Klimakrise oder in abstrusen Forderungen nach einem Ausbaustopp für Windkraft und Solaranlagen oder dem Rückbau von Fahrradwegen noch in einem Zurück zu autoritären Erziehungsmethoden an den Schulen oder noch mehr freiem Wettbewerb!

Und natürlich werden fluchtauslösenden Faktoren globaler sozialer Ungleichheit auch nicht durch eine Burgmentalität und das Schließen der Grenzen unter Anwendung von Waffengewalt gelöst.

Bei all den Abgründen, die das hessische Wahlprogramm der AFD offenbart, darf allerdings eines nicht vergessen werden: es waren Politiker*innen wie Sarazzin, Schröder, Lafontaine, Wagenknecht oder Nahles und leider auch Gewerkschaften, die mit dumpf nationalistischen Konzepten der Standortsicherung das Konkurrenzprinzip nach innen und außen schürten und so zu einer Verrohung des sozialen Klimas beitrugen. Ein Klima in dem keine Hemmungen mehr existieren, Rassismus und völkischen Denkfiguren offen zur Schau zu stellen!

Auch die Anbieterungsversuche an den rechten Rand von CDU und CSU a la Merz und Söde, tragen zu einem Klima bei, indem es nicht verwundert, das Richter*innen einen volksverhetzenden, Holocaust verharmlosenden, rassistischen, sexistischen und gewaltverherrlichenden Chat der Frankfurter Polizei für nicht strafbar befinden und deshalb eine Verfahrenseröffnung ablehnen.

Zum Kotzen aber nicht unlogisch ist in der Folge der Umstand, dass die Disziplinarverfahren gegen die betreffenden Polizisten seit 5 Jahren nicht abgeschlossen werden und die Löhne seither trotz Suspendierung auf Kosten der Steuerzahler*innen weitergezahlt werden.

Für die Erfolge der Rechten werden multiple Krisenlagen als Ursache heran gezogen. Dabei scheint häufig alleine die gefühlte oder potentielle Betroffenheit auszureichen, um sich ungeniert mit Rassist*innen und Rechtspopulist*innen gemein zu machen. Jenseits der sich latent bedroht Fühlenden existieren allerdings auch eine Reihe politischer Fehlentwicklungen, die eine Teil der Lohnabhängigen in den letzten 2 Jahrzehnten direkt zu spüren bekam.

Ohne die Wähler*innen der AFD verteidigen zu wollen, sind die Erfolge der AFD auch als fatale Antwort Lohnabhängiger auf eine seit 2005, infolge der größten Arbeitsmarktstrukturreformen in Gang gesetzte Suchbewegung zu werten.

Eine Suchbewegung, die von den Gewerkschaften viel zu lange ignoriert wurde.

Wer meint, Kernbelegschaften durch Ausweitung eines gewaltigen Niedriglohnsektors schützen zu wollen, erreicht lediglich, dass Druck und Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zunehmen, umso mehr, wenn diese Maßnahmen von einer verfehlten Wohnungsbau- und Bildungspolitik flankiert werden.

Wenn Gewerkschaften nicht Gefahr laufen wollen, in einer Situation wie im Mai 1933 zu enden, als sie flächendeckend durch die Sturmtruppen der SA /SS aufgelöst wurden, müssen sie zu ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückfinden.

Nur ein internationaler, solidarischer Kampf der Klasse kann den Konzepten von Rasse und Nationalismus wirksam etwas entgegensetzen!

Schon aus ureigenem Interesse müssen Gewerkschaften diesen Kampf aufnehmen, denn auch bei den letzten Bundestagswahlen wählten mit 12.2 %, überdurchschnittlich viele DGB Gewerkschafts-Mitglieder AFD.

Es geht also auch um einen Kampf in den eigenen Reihen.

Dabei ist das vom DGB proklamierte Konzept der „politischen Kante“ gegen rassistische Hetze sicher nicht falsch.

Allerdings darf sich auf derartigen Kampagnen nicht ausgeruht werden!

Die Situation ist so Besorgnis erregend, dass der Kampf gegen die Faschisierung der Gesellschaft von jedem und jeder einzelnen geführt werden muss.

Es ist ein Kampf um Köpfe, die die zaghaften Emanzipations- und Liberalisierungsgewinne der letzten Jahrzehnte verteidigen oder zunehmend bekämpfen.

Dabei sind es vor allem die Betriebe, die sich als Bühne im Kampf für Menschenwürde und Solidarität und gegen Rassismus anbieten!

Es sind die Betriebe, in denen Menschen sich jenseits ihrer selbst gewählten sozialen Blasen begegnen und in denen Menschen wie wir auf Menschen von denen treffen und sie vielleicht noch erreichen können, bevor sich beginnende nationalistisch – völkische Denkmuster verstetigen.

Natürlich muss nicht mit jedem und jeder eine Auseinandersetzung geführt werden!

Es gibt Grenzen des Ertragbaren!

Sind diese überschritten, steht eine Bandbreite an Instrumenten zur Verfügung, mit denen Arbeitgeber*innen und Betriebsräte in die Pflicht genommen werden können, offen formulierten Rassismus im Betrieb abzustellen und damit einer weiteren Ausbreitung entgegen zu wirken.

Um es klar und deutlich zu sagen: anders als bei der AFD – wo Faschisten seit Jahren nicht nur unbehelligt sondern bejubelt ihr Unwesen treiben können, sind fortgesetzte fremdenfeindliche Angriffe auf Kollegen*innen im Betrieb ein Kündigungsgrund!

Ein gewerkschaftlicher Kampf gegen rechts bedeutet neben dem notwendigen täglichen >>Klein, Klein<< in Auseinandersetzungen mit rassistischen und sexistischen Kollegen*innen oder Vorgesetzten auch, das Konzept der Sozialpartnerschaft zu hinterfragen und die eigene Wirkmächtigkeit durch kapitalismuskritische und internationale Konzepte der Gewerkschaftsarbeit zu ersetzen.

Die „Alles für Deutschland Parole“, mit der die AFD das Goebbels Zitat für ihren Wahlkampf nutzte ist und bleibt falsch!

Ohne die Überwindung des Denkens in den Kategorien der Standortkonkurrenz und des Protektionismus, ist ein glaubwürdiges Eintreten gegen den von der AfD und anderen Rechten propagierten Rassismus und Nationalismus zum Scheitern verurteilt!

Es gilt noch immer:

- Wer aber von Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen!
- Solidarität ist keine leere Worthülse! Sie kann, sie muss täglich in den Betrieben gegen Rassismus und faschistische Hetze gelebt werden!
- Solidarität heißt auch, zu erkennen, dass Lohnabhängige dieser Welt ähnlichen Notwendigkeiten unterliegen. Deshalb: Schluss mit protektionistischen, antisolidarischen Forderungen!

- Her mit einem globalen Kampf für soziale Gerechtigkeit!
- Wir sind weder Volk, noch Rasse – Wir sind Klasse!